

Antrag

der Abgeordneten Peter Meiwald, Nicole Maisch, Dr. Valerie Wilms, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Friedrich Ostendorff, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freisetzung von Mikroplastik beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mikroplastik stellt eine große Umweltgefahr dar. Kleine Kügelchen oder Fasern aus Kunststoff finden sich überall in unserer Umwelt und im täglichen Leben. Sie werden sogar als primäres Mikroplastik bewusst Kosmetika und Körperpflegeprodukten wie Peelings oder Zahnpasta beigefügt. Nach Gebrauch landen diese Partikel in der Umwelt und vor allem im Abwasser. Aus diesem können sie in den bestehenden Kläranlagen nicht vollständig entfernt werden. Somit verbleibt ein Teil des Plastiks im geklärten Wasser und gelangt in unsere Flüsse und ins Meer. Der andere Teil verbleibt im Klärschlamm und wird bei der Ausbringung auf landwirtschaftliche Nutzfläche wiederum in die Umwelt freigesetzt.

Die Forschungsergebnisse, die vorliegen, beweisen, dass die Anreicherung von Mikroplastik in der Umwelt zu gravierenden Problemen führt. Es ist bekannt, dass Kunststoff sehr beständig ist, er wird in der Umwelt also nur über sehr lange Zeiträume abgebaut. Meerestiere sterben bei der Aufnahme von Mikroplastik, das sie mit Nahrung verwechseln, weil dieses in ihren Mägen bleibt und das Hungergefühl aussetzt.

Nach Kenntnis der Bundesregierung (Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/2985) werden jährlich etwa 500 t Mikroplastik allein aus Polyethylen (PE) durch die Kosmetikindustrie auf den deutschen Markt gebracht, die nicht sachgerecht entsorgt werden. Dabei gilt es zu beachten, dass neben Polyethylen auch noch andere Kunststoffe wie z. B. Polypropylen (PP) Anwendung finden.

Trotz dieser Erkenntnisse wird weiterhin Mikroplastik Produkten aktiv beigemischt, ohne dass dazu eine echte Notwendigkeit besteht und ein Schutz der Umwelt vor diesen Stoffen sowie ihre Entsorgung geregelt und gesichert ist. Die Bundesregierung hat bisher nur geringe Fortschritte in den Gesprächen mit der betroffenen Branche erreicht. Kampagnen von Umweltverbänden und Verbraucherschützern haben einige Hersteller bereits dazu bewogen, auf die Zusetzung von Mikroplastik zu verzichten. Dennoch wurde jüngst bekannt, dass in mindestens sechs Produkten aus der

diesjährigen Weihnachtskollektion eines bekannten Herstellers, der sogar mit seinem Engagement in der Pflanzenkosmetik wirbt, Mikroplastik verwendet wird.¹

Immer deutlicher wird, dass die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit über die Nahrungskette bisher viel zu wenig erforscht sind. Auch die Bundesregierung zeigt hier noch eine zu große Zurückhaltung, wie die schon oben genannte Antwort auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verdeutlicht. Die Frage nach den Auswirkungen bleibt aber auch nach einer Beendigung der Freisetzung von Mikroplastik virulent. Denn schon bisher sind enorme Mengen von kleinen Plastikkügelchen in die Umwelt verbracht worden und werden dort noch jahrzehntelang ihre Wirkungen entfalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dafür Sorge zu tragen, dass für ungebundene Mikroplastikpartikel zum Beispiel aus Kosmetika und Körperpflegeprodukten eine geregelte Entsorgung sichergestellt ist und eine Freisetzung in die Umwelt vollständig unterbunden wird,
- den Ausstieg aus der Verwendung von Mikroplastikpartikeln in Kosmetika und Reinigungsmitteln aktiv zu unterstützen und Öffentlichkeit und Bundestag regelmäßig über ihre Dialog-Ergebnisse mit der Wirtschaft zu informieren und ggf. weitergehende Maßnahmen einzuleiten,
- die Ressortforschungsaktivitäten, beispielsweise des Umweltbundesamts, zu den Mengen von Mikroplastik in der Umwelt, insbesondere in Böden und natürlichen Gewässern, den Auswirkungen von Mikroplastik auf die natürliche Umwelt und die menschliche Gesundheit sowie die Abwassertechnikforschung zu intensivieren.

Berlin, den 13. Januar 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

¹ http://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/mikroplastik_in_kosmetik/ letzter Abruf 18.11.2014